

Niederschrift

über die 6. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 06.05.2015
(9. Wahlperiode)

Tag es ordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	5
1 Einwohnerfragestunde	5
1.1 Ausbau der Straße "Am Oberbach"	5
2 Grundzüge eines Wirtschaftswegekonzeptes, Vortrag von Herrn Roland Thomas, Hauptreferent beim Städte- und Gemeindebund NRW	5
3 Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW Antrag auf Resolution Frackingfreie Gemeinde Vorlage: FB1/0018/2015	6
3.1 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.05.2015 bez. Frackingfreie Stadt Meerbusch Vorlage: FB1/0053/2015	7
4 Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 19.03.2015 betreffend Errichtung der öffentlichen Straßenbeleuchtungsanlage auf der Straße Strümper Berg von Haus Nr. 15 bis 19a Vorlage: FB5/0220/2015	7
5 Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 29.03.2015 betreffend Beschilderung und Markierung der Einmündung der Johannes-Kirschbaum-Straße in die Niederlöricker Straße Vorlage: FB5/0219/2015	8
6 Bürgeranregung nach § 24 GO NRW zur ÖPNV-Haltestelle "Deichweg" in Meerbusch Langst-Kierst Vorlage: FB5/0198/2015	9
7 Ausbau der Straßen "Am Oberbach" und "Rheindamm"	10
7.1 Erläuterungen zu Bodengutachten und Ausbauvarianten Vorlage: FB5/0071/2015	10
7.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen vom 05.02.2015 zur Straßensanierung "Am Oberbach" in Meerbusch-Langst-Kierst Vorlage: FB5/0012/2015/1	12
7.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.04.2015 zur Straßensanierung "Am Oberbach" Vorlage: FB5/0050/2015	12
7.4 Antrag der FDP-Fraktion vom 28.04.2015 zum Ausbau der Straßen "Am Oberbach" und "Rheindamm" Vorlage: FB5/0051/2015	12

7.5	Antrag der FDP-Fraktion vom 04.05.2015 zum Ausbau der Straßen "Am Oberbach" und "Rheindamm" Vorlage: FB5/0052/2015.....	12
8	Die europäische Wasserrahmenrichtlinie und der Bewirtschaftungs- und Maßnahmenplan 2016 bis 2021 Vorlage: FB5/0072/2015.....	12
9	Forum Wasserturm - Planungsstudie zur Errichtung eines Vordaches Vorlage: SIM/0067/2015	13
10	Anträge.....	13
11	Anfragen.....	13
12	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle.....	14
13	Termin der nächsten Sitzung: 10. Juni 2015	14
14	Verschiedenes	14
14.1	Parkraumbewirtschaftungskonzept.....	14
14.2	Verkehrssituation im Bereich der Xantener-, Moerserstraße und Straße Bergfeld in Meerbusch-Strümp.....	14
14.3	Fassade eines gewerblichen Gebäudes an der Claudiusstraße.....	14
14.4	Baustellenbesichtigung der Alten Weinschänke in Lank.....	15
14.5	Brunnen Issumer Hof.....	15
14.6	Baugebiet Ostara an der Meerbuscher Straße.....	15
14.7	Bahnunterführung in Meerbusch-Osterath	15
14.8	Verlängerung der Böhlerstraße.....	16

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum 103 im 1. OG

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Werner Damblon Ratsmitglied Vertretung für Herrn Heinz Berend Jansen

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied Vertretung für Herrn Daniel Meffert

Herr Claus Fischer Ratsmitglied

Herr Andreas Hoppe Ratsmitglied

Herr Stephan Massing Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Hans Jürgen Denecke

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Herr Franz-Josef Radmacher Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse Ratsmitglied

Herr Heinz Jürgen Kaden Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Herr Christian Welsch Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Christof Behlen Sachkundiger Bürger

Frau Barbara Neukirchen Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Herr Dieter Schmoll Sachkundiger Bürger

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marcel Müller Sachkundiger Bürger

Beratende Mitglieder

Herr Ulrich Mannes Fraktion Aktive Bürger Meerbusch - Die Aktiven

von der Verwaltung

Herr Dr. Just Gérard Beigeordneter

Herr Christof Baldus Fachbereich 5

Herr Heiko Bechert Bereichsleiter Fachbereich 1

Herr Ekkehard Deußen Fachbereich 5

Frau Dana Frey Fachbereich 1

Herr Claus Klein Bereichsleiter Service Immobilien

Herr Rolf Reinecke Rechnungsprüfungsamt

Herr Wolfgang Trapp
Herr Matthias Unzeitig

Bereichsleiter Fachbereich 5
Fachbereich 5

Schriftführerin

Frau Gabriele Parschau

Fachbereich 5

Gäste

Herr Univ.-Prof. Dr.-Ing. Hartmut Johannes Beckedahl

zu TOP 7.1

Frau Dr. Andrea Blaum

zu TOP 3 und TOP 5

Herr Dipl.-Geol. Bernhard Büdenbender

zu TOP 7.1

Herr Michael Schleupen

zu TOP 4

Herr Roland Thomas

Städte- und Gemeindebund zu TOP 2
NRW

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Hans Jürgen Denecke

Ratsmitglied

Herr Heinz Berend Jansen

Sachkundiger Bürger

Herr Daniel Meffert

Ratsmitglied

Ratsherr Jürgens eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde.

Er verweist auf die Tischvorlagen, die unter

TOP 3.1, Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.05.2015 bez. Frackingfreie Stadt Meerbusch,
TOP 7.3, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.04.2015 zur Straßensanierung „Am Oberbach“,
TOP 7.4, Antrag der FDP-Fraktion vom 28.04.2015 zum Ausbau der Straßen „Am Oberbach“ und „Rheindamm“,
TOP 7.5, Antrag der FDP-Fraktion vom 04.05.2015 zum Ausbau der Straßen „Am Oberbach“ und „Rheindamm“

zu behandeln wären.

Seitens der Ausschussmitglieder bestehen keine Bedenken.

Der Vorsitzende verpflichtet Herrn Stephan Massing als sachkundigen Bürger der CDU-Fraktion.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende gibt den anwesenden Einwohnern und Einwohnerinnen Gelegenheit, ihre Anliegen vorzutragen.

1.1 Ausbau der Straße "Am Oberbach"

Ein Anwohner der Straße „Am Oberbach“ weist auf die Untersuchungen der Straße hin und die mit dem Einverständnis des Vorsitzenden dem Ausschuss heute vorgelegten Unterlagen der Straßengemeinschaft sowie von Prof. Beckedahl. Er bittet um Beachtung.

Der Vorsitzende verweist auf die folgenden Beratungen unter TOP 7 bis TOP 7.5.

2 Grundzüge eines Wirtschaftswegekongzeptes, Vortrag von Herrn Roland Thomas, Hauptreferent beim Städte- und Gemeindebund NRW

Herr Thomas stellt fest, dass die Wirtschaftswege der Kommunen in Nordrhein-Westfalen meistens nach dem II. Weltkrieg in den fünfziger Jahren gebaut wurden und inzwischen sehr abgenutzt sind. Die landwirtschaftlichen Fahrzeuge und Geräte wurden zudem schwerer und breiter. Die Hälfte der Kommunen stellt ihre Wirtschaftswege inzwischen auf den Prüfstand mit der Frage, mit welchen Ansprüchen und Zielen die Wege zu ertüchtigen sind. Der Städte- und Gemeindebund sieht hier das Erfordernis eines Konzeptes. Das Land NRW bezuschusst die Erstellung eines Konzeptes bis maximal

50.000 Euro, falls dieses extern erstellt wird. Zur Finanzierung der Ertüchtigung gibt es Überlegungen z. B. über eine Erhöhung der Grundsteuer A oder eine Erhebung von Straßenbaubeiträgen mit ihren jeweiligen Vor- und Nachteilen. Das Land NRW prüft derzeit noch die eventuelle Einrichtung von Wegeunterhaltungsverbänden.

Herr Thomas beantwortet Detailfragen der Ausschussmitglieder. Die Kommunen seien frei in Ihrer Entscheidung, ihre Wirtschaftswege zu verbessern.

Herr Trapp ergänzt auf Nachfrage, dass die Verwaltung die Erforderlichkeit eines Wirtschaftswegekonzeptes nicht zu beurteilen habe, da ein entsprechender Ratsbeschluss vorliege. Heute sollten die Rahmenbedingungen geklärt werden. Die frühere Wirtschaftswegebaukommission wurde von den Landwirten angesprochen, die im Rahmen des Budgets bauliche Maßnahmen priorisiert zu einer Erneuerung / Sanierung vorschlug.

Ratsherr Damblon trägt vor, dass die Wirtschaftswege inzwischen vermehrt auch von Spaziergängern, Radfahrern usw. genutzt werden und die Interessenkonflikte abzuwägen seien. Es sollte jetzt bestimmt werden, an welchen Wegen welche Nutzungsansprüche in der Zukunft vorrangig gewünscht werden.

Ratsherr Hoppe erinnert daran, dass der Grund und Boden für die Wirtschaftswege ursprünglich von den Landwirten zur Verfügung gestellt wurde und die Stadt die Unterhaltungsverpflichtung übernommen habe.

Herr Thomas erläutert die Verschlissenheit der Wege nach einem gewissen Zeitablauf, sodass eine Unterhaltung nicht mehr ausreichen und eine Erneuerung bzw. Sanierung nötig sei.

Die Ratsherrn Gabernig und Banse zweifeln die Notwendigkeit weiterführender Maßnahmen an, da die Wirtschaftswege im Stadtgebiet kontinuierlich saniert wurden.

Ratsfrau Pricken ist der Ansicht, dass zunächst über den konkreten Ist-Zustand berichtet werden sollte, bevor ein Konzept weiter bearbeitet werden kann.

Der Vorsitzende beschließt die Diskussion mit dem Hinweis, dass die Fraktionen entsprechende Anträge stellen könnten und bedankt sich bei Herrn Thomas.

3 Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW Antrag auf Resolution Frackingfreie Gemeinde Vorlage: FB1/0018/2015

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, eine Entscheidung zu vertagen. Zunächst soll die Beratung in den Fraktionen erfolgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ratsfrau Niegeloh sieht weiteren Beratungsbedarf in der SPD-Fraktion und beantragt eine Vertagung.

Die Vertreter der anderen Fraktionen schließen sich dem Antrag an.

Frau Dr. Blaum als Vertreterin des BUND weist darauf hin, dass bei der Anlage 5 der Beschlussvorlage der Verwaltung weitere Unterzeichner der Korbacher Resolution nicht aufgeführt seien.

**3.1 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.05.2015 bez. Frackingfreie Stadt Meerbusch
Vorlage: FB1/0053/2015**

Beschlussantrag:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, dem Rat der Stadt Meerbusch zu empfehlen, dem Grundsatz der Bürgeranregung des BUND folgend, die Förderung von Gas oder anderen Stoffen durch Fracking auf Meerbuscher Stadtgebiet abzulehnen und Meerbusch zur frackingfreien Stadt zu erklären.

Die Stadt Meerbusch wird keine diesem Zwecke dienende Grundstücke zur Verfügung stellen und sich konsequent gegen diese Fördermethode auf Meerbuscher Stadtgebiet stellen.

Ratsherr Damblon und sachkundiger Bürger Behlen nehmen den Antrag im Namen ihrer Fraktionen wegen der Vertagung unter TOP 3 zurück.

Anmerkung der Schriftführerin: Der Antrag ist als Anlage beigefügt.

**4 Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 19.03.2015 betreffend Errichtung der öffentlichen Straßenbeleuchtungsanlage auf der Straße Strümper Berg von Haus Nr. 15 bis 19a
Vorlage: FB5/0220/2015**

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, der Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 19.03.2015 aus den angeführten Gründen nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen		2	
UWG			1
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	14	2	1

Der Vertreter der Petenten, Herr Schleupen, erläutert, dass es sich in dem betroffenen Bereich nur um eine Sackgasse zum Feld handele, die zudem sehr eng sei. Die Anwohner haben bereits selber für eine ausreichende Straßenbeleuchtung gesorgt. Eine Beleuchtungspflicht der Kommune gebe es nur bei besonders gefährlichen Örtlichkeiten und Verkehrssituationen. Deshalb werde hier auch nicht der von der Verwaltung befürchtete Präzedenzfall geschaffen.

Herr Trapp bezieht sich auf die selbstbindende Verpflichtung der Gemeinde, allen Anliegern in der geschlossenen Ortslage einen sicheren Zugang zu ihren Wohnungen und hiermit gleichartige Bedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Auf Nachfrage von Ratsherrn Fischer erläutert er, dass die Leerrohre für die Beleuchtung in dem betroffenen Bereich bereits vor einigen Jahren gelegt wurden und der Auftrag für die Erstellung der Beleuchtungsanlage bereits erteilt sei.

Ratsherr Gabernig fragt nach der Möglichkeit, in einem Versuchsmodell Solarzellen aufzustellen. Dies ist für Herrn Trapp an dieser Stelle wegen der Unterhaltungsaufwendungen dieser Technik und dem Vorhandensein eines Stromnetzes nicht sinnvoll.

Ein Kauf der Straßenfläche durch die Anlieger würde laut Ratsfrau Pricken das Problem evtl. lösen. Herr Trapp möchte die Möglichkeit einer evtl. Verlängerung der Straße aus der geschlossenen Ortslage heraus erhalten und rät deshalb von einer Privatisierung ab.

Ökologische Gründe sprechen für sachkundigen Bürger Behlen gegen weitere nicht erforderliche Beleuchtungen.

Ratsfrau Niegeloh hält es für wichtig, die Verantwortlichkeit für die Straßenbeleuchtung nicht an Anlieger abzugeben und nicht von Fall zu Fall anders zu entscheiden.

Herr Schleupen stellt noch einmal die Sichtweise der Petenten dar.

**5 Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 29.03.2015 betreffend Beschilderung und Markierung der Einmündung der Johannes-Kirschbaum-Straße in die Niederlöricker Straße
Vorlage: FB5/0219/2015**

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss erklärt die Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 29.03.2015 aufgrund des beschriebenen Sachverhaltes für erledigt.

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig**

Die Petentin, Frau Dr. Blaum, bedankt sich für die Berücksichtigung ihrer Bürgeranregung; fragt jedoch, ob die gewünschte Rotmarkierung ebenfalls erfolge.

Herr Trapp bestätigt dies, da der Landesbetrieb Straßenbau NRW die Markierung zugesagt, aber noch nicht durchgeführt habe.

**6 Bürgeranregung nach § 24 GO NRW zur ÖPNV-Haltestelle "Deichweg" in Meerbusch Langst-Kierst
Vorlage: FB5/0198/2015**

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss folgt dem Antrag der Petentin dahingehend, dass eine Empfehlung an den Rhein-Kreis-Neuss formuliert wurde, den betroffenen Bereich zu den Dauermessstellen der Geschwindigkeitsüberwachung hinzuzufügen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten			1
Gesamt:	16	0	1

Die Petentin ist nicht anwesend.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Neukirchen erläutert Herr Deußen die Einrichtung einer Messstelle dahingehend, dass z. B. wie auf der Straße Bergfeld in einem bestimmten Turnus Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt werden.

Sachkundiger Bürger Behlen hätte wegen der Kurve der K 9 im Bereich der Einmündung des Wirtschaftsweges Am Oberbach für die Radfahrer gerne eine andere Lösung. Herr Trapp trägt vor, dass bei der Kreisverwaltung bereits öfter eine Querungshilfe angeregt wurde, was jedoch angesichts der Dammlage der Straße mit großem Aufwand verbunden wäre.

Sachkundiger Bürger Müller und Ratsfrau Neukirchen halten es für erforderlich, die Sicherheit auch für die Schüler z. B. durch Warnschilder zu erhöhen.

Herr Deußen hält dem entgegen, dass an vielen Bushaltestellen auf dem Stadtgebiet eine ähnliche Situation herrscht, für die die gleichen Maßstäbe gelten würden. Je mehr Schilder aufgestellt würden, je weniger würden diese von den Verkehrsteilnehmern wahrgenommen.

Dem schließt sich sachkundiger Bürger Schmoll an, der die Schilderflut für wenig sinnvoll hält.

Ratsherr Fischer sieht ebenso die Eltern in der Pflicht, ihre Kinder im Straßenverkehr zu schulen.

7 Ausbau der Straßen "Am Oberbach" und "Rheindamm"

7.1 Erläuterungen zu Bodengutachten und Ausbauvarianten Vorlage: FB5/0071/2015

Der Vorsitzende weist auf die beiden Anträge unter TOP 7.3 und TOP 7.4 hin. Die Gutachter, Herr Prof. Beckedahl und Herr Büdenbender, seien anwesend und beiden könne mit Einverständnis des Bau- und Umweltausschusses Rederecht erteilt werden.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Gutachtern, Herr Prof. Beckedahl und Herr Büdenbender, Rederecht zu erteilen. Die beiden Anträge unter TOP 7.3 und unter TOP 7.4 haben sich damit erledigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ratsfrau Niegeloh bittet alle Sachverständigen darum, ihre Vorträge und Erläuterungen für Laien verständlich zu formulieren.

Herr Trapp erörtert ausführlich die umfangreiche Informationsvorlage. Es seien die Anforderungen durch die Nähe des Deiches und das Gebot einer nachhaltigen Bauweise zu berücksichtigen. Die Verwaltung habe sich an die Regelwerke der Technik zu halten. In anderen Kommunen seien beispielsweise Standards festgelegt, so z. B. in Neuss mit einem grundsätzlichen Aufbau von 63 cm, in Münster mit 60 cm. Er stellt die technischen Details vor.

Anschließend beantworten Herr Trapp und Herr Deußen Fragen der Ausschussmitglieder. Die NKF-Abschreibung der Straßen liege bei 50 Jahren. Die Beitragsheranziehung für eine Straßenerneuerung werde in der Rechtsprechung auch bereits nach einer Lebensdauer von z. B. 35 Jahren als rechtmäßig angesehen. Im Einzelfall sei die Entwicklung des Verschleißes nicht vorhersehbar und eine Lebensdauer von 50 Jahren könne nicht garantiert werden. Die im Jahre 2006 im Bau- und Umweltausschuss vorgestellte Sanierungsliste werde derzeit abgearbeitet.

Herr Prof. Beckedahl verweist auf die an die Ausschussmitglieder verteilten Unterlagen der Straßengemeinschaft und die Daten über die Verkehrszählungen und begründet sein Gutachten, das er im Auftrag der Anlieger erstellt hat. Insbesondere nimmt er Bezug auf die Funktion der Frostschutzschicht, die gegen Feuchtigkeit und Frostschäden von unten schützen soll. Aber auch Schäden in der Straßendeckschicht können zu Frostaufbrüchen führen. Dies kann durch Salz des Winterdienstes verstärkt werden. Im Vergleich zum Verwaltungsvorschlag halte er eine um 10 cm geringere Frostschutzschicht für ausreichend, selbst wenn eine höhere Frequentierung durch Lastkraftwagen berücksichtigt werde.

Auf die Frage von Ratsherrn Damblon, wie sich der errechnete Kostenunterschied von 24.000 Euro ergebe, antwortet Herr Prof. Beckedahl, dass eine noch höhere Differenz möglich sein müsste. Die Preise habe er von einer Baufirma erhalten; könne diese aber nicht offenlegen. Unter anderem könnten die Pflasterkosten des Gehweges entfallen.

In der weiteren Diskussion vertritt Herr Prof. Beckedahl die Ansicht, dass tendenziell aufgrund der Erderwärmung weniger Frostphasen zu erwarten sind und ein schmalere Ausbau ohne Gehweg genüge, da sich auf der Deichseite ein Geh- und Radweg befindet und es normalerweise hinsichtlich der Gewährleistung einer Baufirma trotz des geringeren Straßenaufbaues kein Problem geben dürfe. Er hält fest, dass er aufgrund der ihm vorliegenden Daten keinen Bauvorschlag und auch keine Ausschreibung aufgrund eines Leistungsverzeichnisses erstellt habe. In seinem Gutachten gehe es alleine um die Einstufung in die erforderliche Belastungsklasse.

Herr Büdenbender erläutert, dass er als Gutachter im Auftrag der Stadt Meerbusch geologisch und in Bezug auf eine Dimensionierung der Straßenbefestigung untersucht habe.

Ratsherr Gabernig betont im Namen der FDP-Fraktion, dass der Ausbau nur in dem erforderlichen Maß erfolgen sollte.

Sachkundiger Bürger Behlen trägt noch einmal die Möglichkeit einer niveaugleichen „Shared Space – Zone“ vor und verweist auf die Tatsache, dass dies im Bestand seiner Meinung nach bereits seit vielen Jahren gut funktioniert. Herr Trapp erläutert hierzu an Fotos, dass die Straße heute jedoch ca. 1,80 m breiter als mit 6,00 m zukünftig geplant ist und hiermit Ausweichstellen für die schwachen Verkehrsteilnehmer bietet.

Eventuell auftretende Probleme durch zu hohe Geschwindigkeiten der Fahrzeuge könnten nach Meinung von Herrn Prof. Beckedahl durch Versätze und weitere Gestaltungsmöglichkeiten reguliert werden, die in der Berechnung des Einsparpotentials bislang nicht berücksichtigt wurden.

Die Ratsherren Fischer und Damblon sprechen die Heranziehung der anliegenden Grundstückseigentümer zu Beiträgen nach KAG NRW an. Ratsherr Damblon führt weiter aus, dass die Anlieger verständlicherweise nicht zu hohe Beiträge zahlen möchten. Der Kostenanteil, das Risiko und die Interessen der Allgemeinheit bzw. der Steuerzahler sei jedoch ebenso zu berücksichtigen. Wichtig sei es jetzt, die auf lange Sicht wirtschaftlichste Lösung zu finden. Shared Space funktioniert erfahrungsgemäß leider nicht so wie gewünscht und könnte auch für andere Straßen Erwartungen verursachen.

Auf die Nachfrage von Ratsfrau Niegeloh bestätigt Herr Trapp die von der Verwaltung festgestellte Belastungsklasse 0,3 bis 1,0 für Wohnstraßen hier im Rahmen des Ausbaumessens der Verwaltung als verhältnismäßig.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden nimmt Ratsherr Gabernig den Antrag der FDP-Fraktion, siehe TOP 7.5, zurück. Hinsichtlich des Straßenaufbaus könnte der Verwaltung aus Sicherheits- und Nachhaltigkeitsgründen gefolgt werden. Über die jeweilige Breite der Teileinrichtungen könnte allerdings nachgedacht werden.

Anmerkung der Schriftführerin: Die unter TOP 1.1 erwähnten Unterlagen der Straßengemeinschaft und die Daten von Herrn Prof. Beckedahl sind als Anlagen beigefügt.

**7.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen vom 05.02.2015 zur Straßensanierung "Am Oberbach" in Meerbusch-Langst-Kierst
Vorlage: FB5/0012/2015/1**

Herr Trapp verweist auf die der Einladung beigefügte Anlage, in der die Fragen beantwortet werden und erläutert seine Stellungnahme.

**7.3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.04.2015 zur Straßensanierung "Am Oberbach"
Vorlage: FB5/0050/2015**

Der Antrag hat sich durch Beschluss unter TOP 7.1 erledigt.

Anmerkung der Schriftführerin: Der Antrag ist als Anlage beigefügt.

**7.4 Antrag der FDP-Fraktion vom 28.04.2015 zum Ausbau der Straßen "Am Oberbach" und "Rheindamm"
Vorlage: FB5/0051/2015**

Der Antrag hat sich durch Beschluss unter TOP 7.1 erledigt.

Anmerkung der Schriftführerin: Der Antrag ist als Anlage beigefügt.

**7.5 Antrag der FDP-Fraktion vom 04.05.2015 zum Ausbau der Straßen "Am Oberbach" und "Rheindamm"
Vorlage: FB5/0052/2015**

Der Antrag wurde von Ratsherrn Gabernig im Namen der FDP-Fraktion unter TOP 7.1 zurück genommen.

Anmerkung der Schriftführerin: Der Antrag ist als Anlage beigefügt.

**8 Die europäische Wasserrahmenrichtlinie und der Bewirtschaftungs- und Maßnahmenplan 2016 bis 2021
Vorlage: FB5/0072/2015**

Ratsfrau Niegeloh schlägt vor, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen und bittet, dass zusätzlich auf den Langenbruchbach eingegangen wird.

Herr Unzeitig sagt die Berücksichtigung des Langenbruchbaches zu.

Der Bau- und Umweltausschuss ist einvernehmlich mit einer Vertagung einverstanden.

9 Forum Wasserturm - Planungsstudie zur Errichtung eines Vordaches **Vorlage: SIM/0067/2015**

Sachkundiger Bürger Schmoll erläutert die bis jetzt unbefriedigende Situation, da außen kein Witterungsschutz für wartendes Publikum bestehe. Er nimmt Bezug auf die vorgelegten Planungsalternativen und trägt dazu Kostenschätzungen vor. Die zusätzlich vorgestellte Alternative 6 würde den gesamten Innenhofbereich mit einer geneigten Glasfläche überdachen, an den Seiten offen bleiben und mit der Erneuerung des seitlichen Ganges einen Kostenfaktor von ca. 246.000 Euro (zuzüglich Planungskosten) verursachen. Die Planung wäre mit dem Denkmalschutz abzustimmen.

Beigeordneter Dr. Gérard sieht aus denkmalpflegerischer Sicht kein Problem, da das historische Gebäude durch das Glasdach sichtbar bleibe. Der Brandschutz wäre allerdings zu überprüfen.

Die Planungsalternative Nr. 6 als größere Lösung findet im Bau- und Umweltausschuss allgemeine Zustimmung. Die Kosten werden jedoch als sehr hoch angesehen.

Ratsfrau Niegeloh möchte den seitlichen Gang mehr miteinbeziehen, z. B. die abtrennende Mauerwand öffnen und das Glasdach verbreitern.

Sachkundiger Bürger Schmoll weist darauf hin, dass auch Sicherheitsfaktoren zu beachten sind und der Gang geschlossen sein sollte.

Dies wird von Herrn Klein unterstützt. Zudem sei der Gang mit Bestandteil des Mietvertrages mit dem Betreiber der Gaststätte. Auch wäre im Forum ein Aufenthaltsraum für ca. 300 Besucher und Besucherinnen erforderlich. Es seien somit zusätzlich noch einige Aspekte zu berücksichtigen, die zu weiteren Kosten führen könnten.

Der Vorsitzende bittet die Verwaltung, die Alternative 6 hinsichtlich machbarer Lösungen weiter zu untersuchen.

10 Anträge

Anträge liegen nicht vor.

11 Anfragen

Ebenso liegen keine Anfragen vor.

12 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die vorgelegte Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

13 Termin der nächsten Sitzung: 10. Juni 2015

Nach der Langzeitplanung findet die nächste Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 10. Juni 2015 statt.

14 Verschiedenes

14.1 Parkraumbewirtschaftungskonzept

Auf die Frage von sachkundigem Bürger Behlen nach dem Parkraumbewirtschaftungskonzept, antwortet Herr Trapp, dass dies sich dieses noch verwaltungsintern in Bearbeitung befindet und möglichst bald im Bau- und Umweltausschuss vorgestellt werden soll.

14.2 Verkehrssituation im Bereich der Xantener-, Moerserstraße und Straße Bergfeld in Meerbusch-Strümp

Ratsherr Gabernig bittet um Mitteilung, welche Maßnahmen noch zur Verkehrssicherheit umgesetzt werden sollen. Auch wären die verschiedenen Geschwindigkeitsangaben zu überprüfen.

Herr Trapp berichtet von einem Gespräch der Bürgermeisterin Frau Mielke mit dem Leiter des Landesbetriebes Straßenbau NRW. Dieser habe zugesagt, dass in diesem Jahr die Ampelanlagen an der Buschstraße sowie an der Einmündung Schloss-/Osterather Straße behindertengerecht umgeschaltet werden sollen, was aufgrund des Alters der Anlagen aufwändig wäre bzw. noch zu prüfen ist.

Die Verwaltung wird die Verkehrsschilder mit den Geschwindigkeitsangaben überprüfen und im Bau- und Umweltausschuss berichten.

14.3 Fassade eines gewerblichen Gebäudes an der Claudiusstraße

Ratsfrau Niegeloh bemängelt die optische Erscheinung eines gewerblichen Gebäudes an der Claudiusstraße mit bunten Plakaten.

Beigeordneter Dr. Gérard trägt vor, dass Werbeanlagen hier zulässig sind, solange keine bauordnungsrechtlichen Aspekte dagegen sprechen.

14.4 Baustellenbesichtigung der Alten Weinschänke in Lank

Ratsfrau Niegeloh schlägt vor, die momentane Restaurierung der „Alten Weinschänke“ in Lank zu besichtigen.

Der Vorsitzende vertritt die Meinung, dass dies eher den Kulturausschuss betreffen könnte und bittet den Beigeordneten Dr. Gérard um Prüfung.

Anmerkung der Schriftführerin: Der Bauträger teilte der Verwaltung inzwischen mit, dass eine Besichtigung im jetzigen Stadium aus sicherheits- und bauablauftechnischen Gründen nicht möglich sei. Gerne sei man bereit, eine Führung vorzubereiten, die z. B. am Tag des Denkmals durchgeführt werde. Dann seien auch ein besserer Sicherheitsstandard und Grundzüge der Planung vorhanden.

14.5 Brunnen Issumer Hof

Nach einem Hinweis aus dem Ausschuss ist der Brunnen nicht in Betrieb.

Die Verwaltung sagt eine Überprüfung zu.

14.6 Baugebiet Ostara an der Meerbuscher Straße

Herr Trapp antwortet Ratsherrn Fischer dahingehend, dass die Entwässerungsanlagen nahezu komplett hergestellt sind. Zu der Eröffnung des neuen Edeka-Marktes kann er keine Angaben machen.

14.7 Bahnunterführung in Meerbusch-Osterath

Ratsherr Gabernig bittet um Informationen zu der geplanten Bahnunterführung in Osterath.

Herr Trapp berichtet von einem Gespräch zwischen Bürgermeisterin Frau Mielke und dem Leiter des Landesbetriebes Straßenbau NRW. Thema war die erforderliche Kreuzungsvereinbarung und der der Deutschen Bahn vorzulegende Bauentwurf. Der Bundesverkehrsminister teilte der Verwaltung mit, dass eine Kostenschätzung für den Abschluss der Kreuzungsvereinbarung ausreiche. Hinsichtlich der –Sperrpause– wären Fristen zu beachten. Die Verwaltung ist derzeit bemüht, mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW und der Deutschen Bahn abzustimmen, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um einen früheren Baubeginn zu erreichen.

14.8 Verlängerung der Böhlerstraße

Ratsherr Gabernig fragt nach dem Sachstand zur Böhlerstraße.

Herr Trapp berichtet, dass der Düsseldorfer Stadtrat voraussichtlich bis zur Sommerpause den erforderlichen Beschluss fasst.

Meerbusch, den 22. Mai 2015

Leo Jürgens
Ausschussvorsitzender

Gabriele Parschau
Schriftführer/in